
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige und Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union

Analysebericht auf Ebene der Wirtschaft, September 2019
Dritte Auflage

Gemeinsamer Bericht des Europäischen Patentamtes und des
Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum



Vorwort

Innovation ist ein wesentlicher Bestandteil der von der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedstaaten sowie vielen anderen Ländern verfolgten Wachstumsstrategie. Ziel ist es, eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft mit einer höheren Beschäftigungsquote zu schaffen. Das Erreichen dieses Zieles hängt von mehreren verschiedenen Faktoren ab; ein effizientes System der Rechte des geistigen Eigentums zählt zweifellos zu den wichtigsten Faktoren, da geistiges Eigentum Kreativität und Innovation in der gesamten Wirtschaft fördern kann.

Um der klaren Notwendigkeit Rechnung zu tragen, die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit genau zu informieren, haben sich das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und das Europäische Patentamt (EPA) 2013 mit dem Ziel zusammengeschlossen, gemeinsam eine Studie zur Quantifizierung des Beitrags schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zur EU-Wirtschaft durchzuführen.

Diese Studie wurde nun zum zweiten Mal aktualisiert und zeigt, dass sich schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige in der Zwischenzeit zu einem noch wichtigeren Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Beschäftigung und des Handels in Europa entwickelt haben.

Die Förderung von Kreativität und Innovation hat in Europa bereits eine lange Tradition: Die Mitgliedstaaten sowohl der Europäischen Union als auch der Europäischen Patentorganisation waren maßgeblich an der Gestaltung eines modernen und ausgewogenen Systems der Rechte des geistigen Eigentums beteiligt, das nicht nur Innovationsträgern den ihnen gebührenden Lohn garantiert, sondern auch einen wettbewerbsfähigen Markt fördert. In der heutigen zunehmend von globalisierten Märkten und der wissensbasierten Wirtschaft geprägten Welt kommt es entscheidend darauf an sicherzustellen, dass dieses System wirksam bleibt, damit neue innovationspolitische Strategien umgesetzt werden können. Um uns bei dieser Aufgabe helfen zu können, ist es wichtig, dass die Debatte über die Rolle des geistigen Eigentums bei der Förderung von Innovation und Kreativität auf präzisen Zahlen und Fakten basiert.

Die erste gemeinsame Studie aus dem Jahr 2013 ergab, dass schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige im Zeitraum 2008-2010 39 % zur Wirtschaftsleistung der EU und 26 % zur Beschäftigung beigetragen haben: Dies ist ein klarer Beleg für den Wert, den das geistige Eigentum für die europäische Wirtschaft hat. Die Studie wurde 2016 für den Zeitraum 2011-2013 wiederholt und zeigte, dass die schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige selbst während einer schweren Finanzkrise und Rezession in weiten Teilen Europas die schwierigen Bedingungen besser bewältigen konnten als die übrige Wirtschaft.

Um den dauerhaften Wert der Studie zu wahren, enthält die dritte Ausgabe neue Elemente, die einen wesentlichen besseren Überblick über die Lage der Rechte des geistigen Eigentums in Europa bieten. Zum einen wurde der Datenabgleich zur Ermittlung schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige erneuert, was zu einer aktualisierten Liste der betroffenen Wirtschaftszweige führte. Zum anderen enthält der Bericht ein eigenes Kapitel über die wirtschaftliche Bedeutung von Klimaschutztechnologien (KST) und die Informationstechnologiebranchen, die die vierte industrielle Revolution vorantreiben (4IR), und trägt damit der Tatsache Rechnung, dass das Hauptaugenmerk politischer Entscheidungsträger in Europa und darüber hinaus gegenwärtig auf diesen Bereichen liegt. Und schließlich enthält dieser Bericht zusätzlich zu den Daten für die EU-Mitgliedstaaten auch Informationen zu Island, Norwegen und der Schweiz.

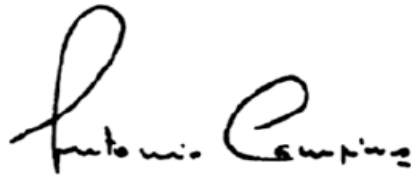
Diese neue Ausgabe des Berichts zeigt, dass die Anteile dieser Wirtschaftszweige an Beschäftigung und BIP in der EU im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 2016 zugenommen haben und bestätigt die zunehmende Bedeutung von geistigem Kapital in modernen Volkswirtschaften.

Dies sind signifikante Erkenntnisse, die die Beobachtung, dass schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige zum Wohlstand und zur Wettbewerbsfähigkeit Europas beitragen, untermauern. Wir hoffen, dass alle Leser aus dieser aktualisierten Studie nützliche Informationen gewinnen

können, damit nicht nur die Wirksamkeit unseres Systems des geistigen Eigentums, sondern auch die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, für die dieses System von grundlegender Bedeutung ist, dauerhaft gewährleistet werden können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Archambeau', with a long horizontal stroke extending to the right.

Christian Archambeau
Exekutivdirektor des EUIPO

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'António Campinos', with a large initial 'A' and a long horizontal stroke extending to the right.

António Campinos
Präsident des EPA

Gemeinsames Projektteam

EUIPO

Nathan Wajzman, Chefökonom
Michał Kazimierczak, Ökonom
Carolina Arias Burgos, Ökonomin
Francisco García Valero, Ökonom

EPA

Yann Ménière, Chefökonom
George Lazaridis, Ökonom
Ilja Rudyk, Ökonom
Karin Terzic, Mitarbeiterin

Danksagung

Unser Dank gilt dem Gemeinschaftlichen Sortenamt (CPVO), das die Vorbereitungen für diesen Bericht durch hilfreiche Informationen und Daten unterstützt hat.

Auch das Statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, und die statistischen Ämter Spaniens, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs leisteten wertvolle Unterstützung, indem sie Daten für die veröffentlichten Statistiken ergänzten.

Die Verfasser dieses Berichts möchten auch mehreren Dienststellen der Europäischen Kommission, Hansueli Stamm und Eiman Maghsoodi vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum sowie Catalina Martínez (CSIC) danken.

Über diese Studie

Zu den Aufgaben der EUIPO und seiner Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums (im Folgenden „Beobachtungsstelle“)¹ gehört es, faktengestützte Daten zu Auswirkungen, Rolle und öffentlicher Wahrnehmung von geistigem Eigentum in der Wirtschaft der Europäischen Union (EU) bereitzustellen. Zu diesem Zweck führt die Beobachtungsstelle ein Programm sozioökonomischer Studien durch.

In gleicher Weise priorisiert der Strategieplan 2023 des Europäischen Patentamts (EPA) die Durchführung von Wirtschaftsstudien, um der zunehmenden Nachfrage der Interessengruppen nach einer stärkeren Sensibilisierung für die Auswirkungen des europäischen Patentsystems und seiner Entwicklung gerecht zu werden.

Bei dem vorliegenden Bericht handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von EUIPO und EPA, das unter Verwendung von Beiträgen anderer Ämter für geistiges Eigentum, der Europäischen Kommission und internationaler Organisationen erstellt wurde. Es ist die dritte umfassende Studie, die aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangen ist; die erste Studie war von den beiden Ämtern im Jahr 2013², und eine Aktualisierung im Jahr 2016³ veröffentlicht worden. Ziel ist es, eine aktuelle Bewertung des Gesamtbeitrags der Wirtschaftszweige, die die verschiedenen Arten von Rechten des geistigen Eigentums intensiv nutzen, zu den Volkswirtschaften der EU als Ganzes und den Volkswirtschaften einzelner europäischer Länder vorzunehmen. Dieser Bericht quantifiziert zwar den kollektiven Beitrag der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige, er gibt jedoch nicht vor, kausale Zusammenhänge zwischen Rechten des geistigen Eigentums und wirtschaftlichen Variablen aufzeigen zu können.

Für die Studie wurden ein breites Spektrum an Schutzrechten⁴ – Marken, Patente, Geschmacksmuster, Urheberrecht, geografische Angaben (GA) und Sortenschutzrechte – sowie eine Vielzahl von Wirtschaftsindikatoren insbesondere Bruttoinlandsprodukt (BIP), Beschäftigung, Außenhandel und Löhne berücksichtigt. Sie enthält keine Empfehlungen für politische Maßnahmen, da dies nicht zum Gegenstand der Studie gehört. Zweck der Studie ist es vielmehr, Erkenntnisse zu vermitteln, die die politischen Entscheidungsträger bei ihrer Arbeit nutzen können und die als Grundlage für die Sensibilisierung in Europa für das geistige Eigentum dienen.

Die Studie aus dem Jahr 2013 deckte den Zeitraum 2008-2010 ab, und die Studie aus dem Jahr 2016 bezog sich auf den Zeitraum 2011-2013. In der vorliegenden Studie wird der Zeitraum

¹ Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 386/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012, die am 5. Juni 2012 in Kraft trat, wurde die Beobachtungsstelle beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) angesiedelt. Nach Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2015/2424 vom 23. März 2016 erfolgte die Umbenennung des HABM in Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO). Mit Ausnahme von bibliografischen Angaben wird diese neue Bezeichnung im vorliegenden Bericht durchgehend verwendet.

² HABM/EPA: „Intellectual Property Rights intensive industries; contribution to economic performance and employment in the European Union“ (Beitrag der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige zu Wirtschaftsleistung und Beschäftigung in Europa), September 2013.

³ EPA/EUIPO: „Intellectual property rights intensive industries and economic performance in the European Union“ („Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige und Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union“), Oktober 2016.

⁴ „Geistiges Eigentum“ („IP“: Abkürzung des englischen Begriffs „intellectual property“) bezeichnet zumeist, aber nicht immer, ein Ergebnis von Innovation. Dieser Begriff ist jedoch weiter gefasst als „Rechte des geistigen Eigentums“ („IPR“: Abkürzung des englischen Begriffs „intellectual property rights“) und umfasst auch andere Arten von Wissen wie Betriebsgeheimnisse oder Geschäftsmethoden. Für die Zwecke dieses Berichts bezeichnet „IPR“, „IP-Rechte“, „Rechte des geistigen Eigentums/an geistigem Eigentum“ oder „Schutzrechte“ die sechs für die Analyse ausgewählten Rechte: Patente, Marken, eingetragene Geschmacksmuster, Urheberrecht, geografische Angaben („GA“) und Sortenschutzrechte.

2014-2016 untersucht. Um die Vergleichbarkeit zwischen den drei Studien zu gewährleisten, wurde die zuvor angewandte Methodik beibehalten. Bei den zugrunde liegenden Daten und der Methodik wurden allerdings einige Verbesserungen vorgenommen. Insbesondere wurde das Zuordnungsverfahren zur Ermittlung schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige aktualisiert, um sicherzustellen, dass die Auswahl die jüngsten Entwicklungen widerspiegelt. Zusätzlich wurden als Ergänzung der Daten zu den EU-Mitgliedstaaten Island, Norwegen und die Schweiz in diese Studie einbezogen.

In Anbetracht der zunehmenden Aufmerksamkeit, die die Entwicklung von Technologien zur Abmilderung der Auswirkungen des Klimawandels bei politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensleitern in Europa und darüber hinaus findet, wurde die Studie von 2016 um ein Kapitel über die wirtschaftliche Bedeutung von Klimaschutztechnologien (KST) erweitert und für die gegenwärtige Ausgabe aktualisiert. Anhand von Daten über Patentanmeldungen beim EPA wird in diesem Kapitel die wirtschaftliche Bedeutung von Wirtschaftszweigen, die diese Technologien entwickeln, genauer beleuchtet. Darüber hinaus wurde in diesem Bericht ein neuer Abschnitt über die vierte industrielle Revolution (4IR) aufgenommen, der ebenfalls auf Patentdaten basiert, um den tiefgreifenden Auswirkungen des digitalen Wandels in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen Rechnung zu tragen.

Zusammenfassung

Die wichtigsten Ergebnisse

- Es gibt mittlerweile in der EU-Wirtschaft 353 schutzrechtsintensive (schutzrechtintensive) Wirtschaftszweige, im Vergleich zu 342 in der vorangegangenen Studie (2016). Rund zwei Drittel dieser Wirtschaftszweige sind in Bezug auf mehr als ein Recht an geistigem Eigentum schutzrechtsintensiv.
- Zwischen 2014 und 2016 betrug der Anteil der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige an der Gesamtbeschäftigung in der EU 29,2 %. In diesem Zeitraum haben diese Branchen rund 63 Millionen Europäer beschäftigt. Hinzu kommen weitere 21 Millionen Arbeitsplätze in Unternehmen, die den schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen Waren und Dienstleistungen zuliefern. Bei Einbeziehung dieser indirekten Beschäftigung erhöht sich die Gesamtzahl der schutzrechtsabhängigen Arbeitsplätze auf 83,8 Millionen (38,9 %).
- In demselben Zeitraum erbrachten schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige einen Anteil von 45 % an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) in der EU; das entspricht einem Geldwert von 6,6 Billionen EUR. Auch in Bezug auf den Handel mit der übrigen Welt entfiel auf diese Branchen der größte Anteil; sie erwirtschafteten einen Handelsüberschuss und halfen somit, die Außenhandelsbilanz der EU weitgehend im Gleichgewicht zu halten.
- In schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen werden deutlich höhere Löhne und Gehälter gezahlt als in anderen Branchen; der Mehrverdienst beträgt 47 %. Dies steht im Einklang mit der Tatsache, dass auch die Wertschöpfung pro Mitarbeiter in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen höher ist als in anderen Bereichen der Wirtschaft.
- Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Untersuchung mit denen der Studie 2016 zeigt, dass der relative Beitrag dieser Wirtschaftszweige zur EU-Wirtschaft zwischen den beiden Zeiträumen 2011-2013 (Studie von 2016) und 2014-2016 (die vorliegende Studie) sogar unter Berücksichtigung der Änderung der Zahl schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zugenommen hat.
- Unter den schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen hat sich die wirtschaftliche Bedeutung von Unternehmen, die Klimaschutztechnologien (KST) entwickeln, und von Unternehmen, die mit der vierten industriellen Revolution (4IR) in Zusammenhang stehen, in den letzten Jahren erhöht. Im Zeitraum 2014-2016 steuerten die KST-Unternehmen einen Anteil von 2,5 % zur Beschäftigung und von 4,7 % zum BIP in der EU bei, während es bei den 4IR-Unternehmen im gleichen Zeitraum 1,9 % zur Beschäftigung und 3,9 % zum BIP waren.
- Erstmals werden auch für Island, Norwegen und die Schweiz vergleichbare Ergebnisse in Bezug auf den Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zum BIP und zur Beschäftigung erbracht. Der Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zum BIP lag in Norwegen über dem EU-Durchschnitt, und in Island und der Schweiz darunter. Der Beitrag zur Beschäftigung lag in Island und in der Schweiz über bzw. beim EU-Durchschnitt, in Norwegen aber unter dem EU-Durchschnitt.

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige in der Wirtschaft der EU

Als schutzrechtsintensiv gelten Wirtschaftszweige⁵, die im Vergleich zu anderen Schutzrechte nutzenden Branchen pro Beschäftigten überdurchschnittlich mehr Inhaber⁶ von Rechten des geistigen Eigentums aufweisen. Grundsätzlich bedeutet dies, dass ein Wirtschaftszweig in der EU als schutzrechtsintensiv bezeichnet wird, wenn zumindest bei einem der betroffenen Rechte des geistigen Eigentums die Zahl dieser Rechte des geistigen Eigentums pro Beschäftigten höher ist als der Durchschnitt aller Wirtschaftszweige in der EU, die das gleiche Recht des geistigen Eigentums nutzen. Aus den Kapiteln 6 und 7 geht hervor, dass ein Schwerpunkt dieser Wirtschaftszweige auf den Bereichen Herstellung, Technologie und Dienstleistungen für Unternehmen liegt.

Hervorzuheben ist jedoch, dass die meisten Wirtschaftszweige in gewissem Umfang Rechte des geistigen Eigentums verwenden, und oft mehrere kombiniert. Da in der vorliegenden Untersuchung ausschließlich schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige betrachtet werden, bildet sie nur den Teil der europäischen Wirtschaft ab, für den Rechte des geistigen Eigentums im Vordergrund stehen.⁷

Der Beitrag der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige zu den beiden wichtigsten Wirtschaftsindikatoren Beschäftigung und Produktion ist in den Tabellen 1 und 2 zusammengefasst.^{8, 9}

Demnach haben schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige im Zeitraum 2014-2016 29,2 % zur Gesamtbeschäftigung in der EU beigetragen, wobei die entsprechenden Werte für markenintensive Branchen 22 %, geschmacksmusterintensive Branchen 14 %, patentintensive Branchen 11 % und urheberrechtsintensive Branchen 5,5 % betragen, und auf GA-intensive und sortenschutzrechtsintensive Branchen kleinere Anteile entfallen.¹⁰ Während dieses Zeitraums waren von insgesamt rund 216 Millionen Erwerbstätigen durchschnittlich 63 Millionen Europäer in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen tätig. Zu ihrem direkten Beitrag zur Beschäftigung schaffen die schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige auch Arbeitsplätze in anderen, nicht-IPR-Wirtschaftszweigen, die den IPR-intensiven Wirtschaftszweigen Waren und Dienstleistungen als Input für ihre Produktionsprozesse zuliefern. Mithilfe der von Eurostat veröffentlichten Input-Output-Tabellen¹¹ für die EU kann dieser indirekte Effekt auf Arbeitsplätze in nicht schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen berechnet werden. Bei Einbeziehung dieser indirekten Wirkung erhöht sich die Gesamtzahl der schutzrechtsabhängigen Arbeitsplätze auf fast 84 Millionen (38,9 %).

⁵ Siehe Kapitel 5 „Methodik“. Aufgrund der besonderen Natur von Urheberrechten, geografischen Angaben und Sortenschutzrechten waren jeweils unterschiedliche Ansätze erforderlich.

⁶ In diesem Bericht werden die Ausdrücke „Verwendung von IP-Rechten/Rechten des geistigen Eigentums“ und „Eigentum an IP-Rechten/Rechten des geistigen Eigentums“ synonym verwendet und sollten in jedem Fall so verstanden werden, dass sie sich auf das Eigentum an IP-Rechten beziehen.

⁷ Auf die in diesem Bericht als schutzrechtsintensiv bezeichneten Branchen entfielen 73 % der Marken der Europäischen Union, 83 % der eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmuster, 86 % der europäischen Patente und 96 % der gemeinschaftlichen Sortenschutzrechte, die während des erfassten Zeitraums registriert waren.

⁸ Um die Auswirkungen von Datenlücken in den Wirtschaftsstatistiken so gering wie möglich zu halten und um zu vermeiden, dass ein bestimmtes Jahr eine unverhältnismäßig große Bedeutung gewinnt, wurden die Wirtschaftsindikatoren als Durchschnittswerte für die Jahre 2014-2016 ermittelt.

⁹ Zu beachten ist, dass die ausgewiesenen Anteile an BIP und Beschäftigung nicht notwendigerweise den Grad der Innovationskraft eines Landes widerspiegeln, sondern vielmehr die Bedeutung dieser Wirtschaftszweige für die Wirtschaft des Landes.

¹⁰ Der Gesamtbeitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige ist kleiner als die Summe der Einzelbeiträge marken-, patent-, geschmacksmuster-, urheberrechts-, sortenschutzrechts- und GA-intensiver Wirtschaftszweige, da sich die Schutzrechtsintensität zahlreicher Wirtschaftszweige auf mehr als ein Schutzrecht bezieht. Durch die Untersuchungsmethodik ist jedoch sichergestellt, dass Beiträge von Wirtschaftszweigen nicht doppelt gezählt werden.

¹¹ Input-Output-Tabellen spiegeln die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen allen Branchen der Wirtschaft wider.

Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengefasst, die eine Aufschlüsselung nach direkter und indirekter Beschäftigung zeigt.

Tabelle 1: Direkter und indirekter Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zu Beschäftigung, im Durchschnitt des Zeitraums 2014-2016

Schutzrechts-intensive Wirtschaftszweige	Beschäftigung (direkt)	Anteil an Gesamtbeschäftigung (direkt)	Beschäftigung (direkt + indirekt)	Anteil an Gesamtbeschäftigung (direkt + indirekt)
Markenintensive Wirtschaftszweige	46 700 950	21,7 %	65 047 936	30,2 %
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige	30 711 322	14,2 %	45 073 288	20,9 %
Patentintensive Wirtschaftszweige	23 571 234	10,9 %	34 740 674	16,1%
Urheberrechtsintensive Wirtschaftszweige	11 821 456	5,5 %	15 358 044	7,1 %
GA-intensive Wirtschaftszweige	Keine Angaben	Keine Angaben	399 324	0,2 %
Sortenschutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	1 736 407	0,8 %	2 618 502	1,2 %
Schutzrechts-intensive Wirtschaftszweige insgesamt	62 962 766	29,2%	83 807 505	38,9%
EU-Gesamtbeschäftigung			215 520 333	

Hinweis: Aufgrund von Überschneidungen bei der Verwendung von Rechten des geistigen Eigentums übersteigt die Summe der Zahlen für die einzelnen Schutzrechte den entsprechenden Gesamtwert für schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige tragen nicht nur zur Beschäftigung sondern auch zur Wirtschaftsleistung bei, die anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen wird. Tabelle 2 veranschaulicht, dass sich der Anteil schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige am BIP der EU insgesamt auf fast 45 % beläuft, wobei auf markenintensive Branchen 37 %, geschmacksmusterintensive Branchen 16 %, patentintensive Branchen 16 % und urheberrechtsintensive Branchen 7 % sowie kleinere Anteile auf GA-intensive und sortenschutzrechtsintensive Branchen entfallen. Kapitel 7 enthält eine detailliertere Aufschlüsselung der Beiträge dieser Wirtschaftszweige zu den Volkswirtschaften der einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie der drei Staaten, die nicht der EU angehören und ebenfalls Gegenstand dieser Studie sind.

Tabelle 2: Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zum BIP, im Durchschnitt des Zeitraums 2014-2016

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	Wertschöpfung/BIP (In Mio. EUR)	Anteil am Gesamt- BIP der EU
Markenintensive Wirtschaftszweige	5 447 857	37,3 %
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige	2 371 282	16,2 %
Patentintensive Wirtschaftszweige	2 353 560	16,1 %
Urheberrechtsintensive Wirtschaftszweige	1 008 383	6,9 %
GA-intensive Wirtschaftszweige	20 155	0,1 %
Sortenschutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	181 570	1,2 %
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt	6 551 768	44,8 %
Gesamt-BIP der EU	14 621 518	

Hinweis: Aufgrund von Überschneidungen bei der Verwendung von Rechten des geistigen Eigentums übersteigt die Summe der Zahlen für die einzelnen Schutzrechte den entsprechenden Gesamtwert für schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Studie mit denen der Ausgabe 2016 zeigt, dass der Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zur EU-Wirtschaft im Zeitraum 2014-2016 über dem Beitrag für den Zeitraum 2011-2013 lag. Der Vergleich wird jedoch durch die Tatsache erschwert, dass bestimmte Schlüsselkomponenten des von Eurostat verwendeten Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) zwischen diesen beiden Zeiträumen aktualisiert wurden. Um sicherzustellen, dass diese Studie die derzeitige Struktur der EU-Wirtschaft widerspiegelt, wurde darüber hinaus eine Aktualisierung des Zuordnungsverfahrens zur Ermittlung schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige vorgenommen, wodurch sich die Zahl dieser Wirtschaftszweige von 342 in der Studie von 2016 auf 353 in der vorliegenden Studie erhöht hat. Diese Neuerungen bewirkten eine Erhöhung des Beitrags schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zum BIP und zur Beschäftigung. Tabelle 3 zeigt die Zahlen für den Zeitraum 2011-2013, die auf der Grundlage der neuen Definitionen neu berechnet wurden, um die Auswirkungen dieser Änderungen zu veranschaulichen.

Tabelle 3: Vergleich der wichtigsten Ergebnisse aus der Studie 2016 gegenüber denen der Studie 2019

Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige	Studie 2016 (Ursprüngliche Werte)	Studie 2016 (neue Definitionen für die Gesamtrechnungen, neue schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige)	Studie 2019 (neue Definitionen für die Gesamtrechnungen, neue schutzrechtsintensive Wirtschaftszweig)
Beschäftigung (direkt)	27,8 %	28,6 %	29,2 %
BIP	42,3 %	44,0 %	44,8 %
Warenhandel gesamt	89,3 %	88,8 %	92,5 %
Waren- und Dienstleistungshandel gesamt	<i>nicht berechnet</i>	78,1 %	81,0 %

Die erste Spalte enthält die Ergebnisse der Studie 2016 für den Zeitraum 2011-2013. Die zweite Spalte zeigt die neu berechneten Ergebnisse der Studie 2016 für den gleichen Zeitraum unter Berücksichtigung der neuen Definitionen für die Gesamtrechnungen und die neue Liste

schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige. In der dritten Spalte sind die Ergebnisse der vorliegenden Studie (für den Zeitraum 2014-2016) wiedergegeben, die daher den direkten Vergleich mit der zweiten Spalte ermöglichen.

Demnach ist der Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige auch nach Einrechnung der Auswirkungen der statistischen Änderungen zwischen den Zeiträumen 2011-2013 (Studie 2016) und 2014-2016 (Studie 2019) gestiegen.

Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Jahre 2014-2016 im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung die Beschäftigung in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen eine signifikant höhere Stabilität zeigte. Während die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der EU von 215,8 Mio. im Zeitraum 2011-2013 auf 215,5 Mio. im Zeitraum 2014-2016 (d. h. um 0,1 %) leicht zurückging, ist die Beschäftigung in den 353 schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen von 61,7 Mio. auf 63 Mio. gestiegen (+1 %).

In Anbetracht der Tatsache, dass 44,8 % des BIP (Wertschöpfung) der Wirtschaft und 29,2 % der Beschäftigung auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige entfallen, liegt der Wert für die Wertschöpfung *pro Mitarbeiter* in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen über dem für die übrige Wirtschaft. Nach der Wirtschaftstheorie ist bei ansonsten unveränderten Bedingungen zu erwarten, dass Branchen, in denen der durchschnittliche Arbeitnehmer eine höhere Wertschöpfung erzeugt, ihre Mitarbeiter auch besser entlohnen als andere Wirtschaftszweige. Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant zu prüfen, ob sich diese höhere Wertschöpfung in den schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen auch entsprechend in höheren Löhnen und Gehältern niederschlägt.

Wie Tabelle 4 zeigt, liegt die Vergütung in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen tatsächlich über der in nicht schutzrechtsintensiven Branchen. Während die durchschnittliche wöchentliche Vergütung in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen 801 EUR beträgt, zahlen nicht schutzrechtsintensive Branchen ihren Arbeitnehmern durchschnittlich 544 EUR pro Woche; dies entspricht einer Differenz von 47 %. Dieser Mehrverdienst beläuft sich in GA-intensiven Wirtschaftszweigen auf 29 %, in geschmacksmusterintensiven Wirtschaftszweigen auf 40 %, in markenintensiven Wirtschaftszweigen auf 48 %, in urheberrechtsintensiven Wirtschaftszweigen auf 59 % und in patentintensiven Wirtschaftszweigen auf 72 %.

Tabelle 4: Durchschnittliche Personalkosten in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen, 2016

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	Durchschnittliche Personalkosten (EUR pro Woche)	Mehrverdienst (gegenüber nicht schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen)
Markenintensive Wirtschaftszweige	805	48 %
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige	761	40 %
Patentintensive Wirtschaftszweige	934	72 %
Urheberrechtsintensive Wirtschaftszweige	867	59 %
GA-intensive Wirtschaftszweige	705	29 %
Sortenschutzrechtsintensive Wirtschaftszweige*	Keine Angaben	Keine Angaben
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt	801	47 %
Nicht schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	544	
Alle Wirtschaftszweige (die in der SUS** erfasst sind)	654	

* Aufgrund fehlender Lohn- und Gehaltsstatistik für die Landwirtschaft nicht berechnet.

** Strukturelle Unternehmensstatistik von Eurostat.

Im Vergleich zur Situation im Jahr 2013 (neu berechnet anhand der neuen schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige) ist der Mehrverdienst leicht von 45 % auf 47 % gestiegen, was insbesondere auf Erhöhungen des Mehrverdienstes in patent- und geschmacksmusterintensiven Wirtschaftszweigen zurückzuführen ist.

Gegenstand der Untersuchung ist auch die Bedeutung schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige für den Außenhandel der EU. Im Bericht von 2016 wurde nur über den Warenhandel berichtet. Seitdem hat Eurostat begonnen, auch Daten zum Handel mit Dienstleistungen bereitzustellen, weshalb im vorliegenden Bericht die beiden Handelsarten getrennt behandelt werden. Der größte Anteil am EU-Handel entfällt auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige. Dies mag auf den ersten Blick etwas überraschen. Grund hierfür ist jedoch, dass einerseits selbst rohstoffproduzierende Wirtschaftszweige wie der Energiesektor schutzrechtsintensiv sind,¹² während andererseits eine Vielzahl nicht schutzrechtsintensiver Aktivitäten auch nicht handelbar ist.¹³ Dies erklärt, weshalb 89 % der EU-Einfuhren Erzeugnisse schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige sind. Allerdings liegt der Anteil schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige an den Ausfuhren der EU mit 96 % noch höher. Beim Handel mit Dienstleistungen ist der Anteil schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige niedriger: die Einfuhren machen 57,4 % der gesamten Dienstleistungseinfuhren aus und die Ausfuhren 53,7 % der gesamten Dienstleistungsausfuhren. Wird sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungshandel berücksichtigt, entfielen im Jahr 2016 80 % der EU-Einfuhren und 82 % der EU-Ausfuhren auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

Für die EU als Ganzes ergab sich 2016 ein Handelsüberschuss von insgesamt rund 166 Milliarden EUR bzw. 1,1 % des BIP. Der Handelsüberschuss in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen war mit 182 Mrd. EUR sogar noch höher, wodurch ein geringes Defizit in nicht schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen ausgeglichen wurde.

Tabelle 5 enthält eine zusammenfassende Darstellung des Handels schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige auf der Grundlage der Daten aus dem Jahr 2016.¹⁴

¹² Die NACE-Klasse 0610 (*Gewinnung von Erdöl*) ist patentintensiv.

¹³ Zum Beispiel Dienstleistungssektoren wie die unter die NACE-Klasse 86 (*Gesundheitswesen*) bzw. 96 (*Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen*) fallenden Wirtschaftszweige. Diese Dienstleistungen werden in der Regel am Ort der Erbringung in Anspruch genommen.

¹⁴ Wie bei den Berechnungen zur Beschäftigung und zum BIP gilt auch in diesem Fall, dass die Summe der Zahlen für die einzelnen Schutzrechte nicht dem Gesamtwert für schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige entspricht, weil sich die Schutzrechtsintensität bei vielen Wirtschaftszweigen nicht nur auf ein Schutzrecht bezieht. Durch die Untersuchungsmethodik ist jedoch sichergestellt, dass Beiträge von Wirtschaftszweigen nicht doppelt gezählt werden.

Tabelle 5: EU-Außenhandel schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige, 2016

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	Ausfuhren (in Mio. EUR)	Einfuhren (in Mio. EUR)	Nettoausfuhren (in Mio. EUR)
Markenintensive Wirtschaftszweige	1 613 366	1 600 703	12 663
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige	1 261 774	1 194 885	66 889
Patentintensive Wirtschaftszweige	1 438 117	1 307 850	130 267
Urheberrechtsintensive Wirtschaftszweige	294 856	202 738	92 119
GA-intensive Wirtschaftszweige*	12 490	1 360	11 130
Sortenschutzrechtsintensive Wirtschaftszweige*	7 552	3 885	3 667
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt	2 122 465	1 940 510	181 955
GESAMT-EU-HANDEL	2 590 889	2 425 202	165 687

Hinweis: Aufgrund von Überschneidungen bei der Verwendung von Rechten des geistigen Eigentums übersteigt die Summe der Zahlen für die einzelnen Schutzrechte den entsprechenden Gesamtwert für schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

**Nur Waren.*

Unter den patentintensiven Wirtschaftszweigen ist der höchste Handelsüberschuss zu verzeichnen, gefolgt von den urheberrechtsintensiven und geschmacksmusterintensiven Sektoren.

Eine genauere Betrachtung der Aktivitäten schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige innerhalb des EU-Binnenmarkts ergibt eine Arbeitsteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Die Ergebnisse für Länder wie Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Luxemburg, Malta und Schweden liegen in Bezug auf die Schaffung neuer Rechte des geistigen Eigentums pro Mitarbeiter über dem EU-Durchschnitt. Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige in anderen EU-Mitgliedstaaten wie Rumänien, Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik weisen einen höheren Prozentsatz an Arbeitsplätzen auf, die Unternehmen mit Sitz in anderen Ländern zugeordnet werden. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, werden insgesamt 22,7 % der EU-Arbeitsplätze in schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen in Niederlassungen ausländischer Unternehmen geschaffen, von denen die meisten ihren Hauptsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat haben. Nur in Estland, den Niederlanden, Großbritannien und Irland werden von Nicht-EU-Unternehmen mehr Arbeitsplätze geschaffen als von Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedstaaten.

Tabelle 6: Anteil schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige an Beschäftigung, der ausländischen Unternehmen zugeordnet wird, 2014-2016, EU-Durchschnitt

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	EU-Anteil	Anteil Drittländer	Gesamtanteil Drittländer
Markenintensive Wirtschaftszweige	11,5 %	9,2 %	20,6 %
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige	13,0 %	9,8 %	22,8 %
Patentintensive Wirtschaftszweige	14,5 %	12,0 %	26,5 %
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt	12,9 %	9,8 %	22,7 %

Hinweis: „Ausländische“ Unternehmen sind Unternehmen, deren Hauptsitz sich in einem anderen Land befindet.

Anhand von Daten zu Patenten lassen sich schließlich die im Bereich der Klimaschutztechnologien (KST) zur Reduzierung oder Verhinderung des Ausstoßes von Treibhausgasen¹⁵ und in Technologien der vierten industriellen Revolution (4IR) tätigen schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige ermitteln, die für viele Sektoren von Belang und für die EU-Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Insgesamt 9,4 % aller berücksichtigten europäischen Patente bezogen sich im Zeitraum 2010-2014 auf KST und 1,9 % auf 4IR-Technologien.

Die 25 KST-intensiven Wirtschaftszweige sind besonders interessant, da die KST-Betriebe eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Ziele des Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz spielen werden und europäische Unternehmen bei vielen dieser Technologien zu den weltweit führenden Unternehmen zählen. Diese Sektoren tragen einen Anteil von 2,5 % zur Beschäftigung und von 4,7 % zur Wirtschaftsleistung in der EU bei, wobei ihr Beitrag seit dem Zeitraum 2011-2013 angestiegen ist. Die Beschäftigten in diesen Wirtschaftszweigen erhalten außerdem eine weitaus höhere Vergütung als in anderen Wirtschaftszweigen. Der Mehrverdienst in den KST-Wirtschaftszweigen ist gegenüber den nicht schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen mit 93,3 % fast doppelt so hoch wie der der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige im Allgemeinen (47 %).

Bedingt durch das Aufkommen des Internets der Dinge umfassen die 4IR-Wirtschaftszweige eine Reihe anderer Technologien wie Cloud Computing und künstliche Intelligenz (KI). Die 16 4IR-intensiven Wirtschaftszweige (konzentriert auf fortgeschrittene Produktionszweige) machen 1,9 % der Beschäftigung in der EU und 3,9 % des BIP der EU aus und konnten seit dem Zeitraum 2011-2013 auch einen Anstieg ihres Beitrags verzeichnen. Der Mehrverdienst in den 4IR-Wirtschaftszweigen ist sogar noch höher als in den KST-Wirtschaftszweigen (104,3 % im Vergleich zu nicht schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen).

Diese Zahlen stellen eine Teilmenge der patentintensiven Wirtschaftszweige dar und sind bereits in den Gesamtzahlen enthalten, die in den Tabellen 1-5 ausgewiesen sind.

¹⁵ Die KST-Identifizierung basiert auf dem Klassifikationsschema Y02/Y04S des EPA, das Teil der gemeinsamen Patentklassifikation (CPC) ist. Darunter fallen ausgewählte Technologien, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls und des Übereinkommen von Paris die anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen kontrollieren, reduzieren oder verhindern. Es umfasst beispielsweise Technologien zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei der Energieerzeugung, -übertragung oder -verteilung sowie Technologien zur Erfassung, Speicherung, Sequestrierung oder Entsorgung von Treibhausgasen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien zur Reduzierung des eigenen Energieverbrauchs.

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige in den Volkswirtschaften Islands, Norwegens und der Schweiz

Neben den 28 EU-Mitgliedstaaten enthält die Studie auch grundlegende Ergebnisse für die EFTA-Länder Island, Norwegen und die Schweiz.¹⁶ Tabelle 7 zeigt den Beitrag der schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige zu Beschäftigung und zum BIP in diesen Ländern. Der EU-Durchschnitt wird zu Referenzzwecken angegeben.

Tabelle 7: Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zu Beschäftigung und zum BIP in EFTA-Ländern, Durchschnitt 2014-2016

Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige	Beschäftigung (direkt)	Anteil an Gesamtbeschäftigung (direkt)	BIP (in Mio. EUR)	Anteil am BIP
Markenintensive Wirtschaftszweige				
IS	40 029	23,0 %	5 267	33,1 %
NO	477 143	18,8 %	150 312	42,5 %
CH	1 023 493	23,4 %	200 892	34,4 %
Geschmacksmusterintensive Wirtschaftszweige				
IS	14 542	8,3 %	1 060	6,7 %
NO	256 256	10,1 %	83 443	23,6 %
CH	657 143	15,0 %	114 456	19,6 %
Patentintensive Wirtschaftszweige				
IS	11 561	6,6 %	1 499	9,4 %
NO	284 366	11,2 %	100 543	28,4 %
CH	583 563	13,5 %	123 513	21,1 %
Urheberrechtsintensive Wirtschaftszweige				
IS	13 547	7,8 %	1 017	6,4 %
NO	146 977	5,8 %	18 210	5,1 %
CH	252 252	5,8 %	37 902	6,5 %
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt				
IS	50 939	29,2 %	6 294	39,6 %
NO	669 540	26,3 %	173 460	49,1 %
CH	1 341 482	30,7 %	241 518	41,3 %
Schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige insgesamt (EU)	62 962 766	29,2 %	6 551 768	44,8%

Hinweis: Aufgrund von Überschneidungen bei der Verwendung von Rechten des geistigen Eigentums übersteigt die Summe der Zahlen für die einzelnen Schutzrechte den entsprechenden Gesamtwert für schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige.

¹⁶ Bei der Berechnung des Beitrags von schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen in diesen Ländern wurde von der Annahme ausgegangen, dass Wirtschaftszweige, die in der EU28 schutzrechtsintensiv sind, es auch in diesen drei Ländern sind. Darüber hinaus war es aufgrund der unzureichenden Datenabdeckung nicht möglich, den Beitrag der GA-intensiven und sortenschutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige für diese drei Länder zu berechnen.

In Norwegen leisten die schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweige einen über dem EU-Durchschnitt liegenden Beitrag zum BIP, während die Schweiz in Bezug auf den Beitrag dieser Wirtschaftszweige zu Beschäftigung über dem EU-Durchschnitt liegt.

Methodik und Daten

Für diese Studie wurde die in den vorangegangenen Studien angewandte grundlegende Methodik übernommen. Um jedoch sicherzustellen, dass der vorliegende Bericht in sich geschlossen ist, wurde ein Großteil, insbesondere Kapitel 5 und Anhang 11, der Beschreibung dieser Methodik gewidmet. Hierfür gibt es zwei wesentliche Gründe:

- (1) In Anbetracht der komplexen Ausgangssituation mit einer großen Datenmenge aus 28 Mitgliedstaaten, die aus verschiedenen umfassenden Datenbanken stammt, war es erforderlich, ein neues anspruchsvolles Verfahren für den Datenabgleich anzuwenden.
- (2) Im Interesse der Transparenz war es wichtig, die angewandte Methodik möglichst detailliert zu beschreiben.

Ein weiteres besonderes Merkmal dieser Studie ist die große Vielfalt an Datenbanken und sonstigen Datenquellen, die herangezogen wurden, um festzustellen, welche Wirtschaftszweige schutzrechtsintensiv sind, und um ihren Beitrag zu Beschäftigung, BIP und weiteren Wirtschaftsindikatoren zu bewerten. Kapitel 5 enthält eine vollständige Liste.

Außerdem wurden, wenn nötig, sektorspezifische Drittlandsdaten verwendet, insbesondere im Zusammenhang mit der Schätzung des Handels mit GA-Erzeugnissen.

Um festzustellen, welche Wirtschaftszweige als schutzrechtsintensiv gelten, wurde ein Abgleich der Datenbanken von EUIPO, EPA und CPVO mit der Wirtschaftsdatenbank ORBIS¹⁷ vorgenommen. In der hieraus resultierenden abgeglichenen Datenbank sind rund 345 000 Unternehmen erfasst, unter anderem mit Angaben zur Zahl der EU-Marken, registrierten Gemeinschaftsgeschmacksmuster, Patente und Sortenschutzrechte, die die einzelnen Unternehmen angemeldet haben und die anschließend eingetragen wurden, zusammen mit der Klassifikation des Wirtschaftszweigs sowie verschiedenen finanziellen und wirtschaftlichen Variablen zu den einzelnen Wirtschaftszweigen; dieser Datensatz kann für künftige detailliertere Untersuchungen herangezogen werden.

Auf der Grundlage dieser Datenbank wurde für jeden Wirtschaftszweig die Anzahl der Marken, Geschmacksmuster, Patente und Sortenschutzrechte pro Mitarbeiter errechnet; als schutzrechtsintensiv wurden die Wirtschaftszweige eingestuft, bei denen der entsprechende Wert den Durchschnittswert überstieg. Diese Berechnung wurde für die Ebene der EU durchgeführt; Anmeldungen der Unternehmen in der Datenbank bei nationalen Ämtern wurden nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise war zwar zum Teil bedingt durch die begrenzte Datenverfügbarkeit, kann aber durch die Annahme gerechtfertigt werden, dass ein Wirtschaftszweig, der aufgrund seiner Schutzrechtseintragungen auf EU-Ebene als schutzrechtsintensiv gilt, auch als schutzrechtsintensiv eingestuft würde, wenn zusätzlich nationale Schutzrechte pro Mitarbeiter in die Betrachtung einbezogen würden.

Für diese Studie wurde das Verfahren für den Datenabgleich verbessert und automatisiert, und es wurden neue Daten von ORBIS verwendet. Darüber hinaus wurde die Methode zur Ermittlung von

¹⁷ ORBIS ist eine Datenbank mit Finanzdaten über europäische Unternehmen, die das Bureau van Dijk verwaltet und die sich auf Daten aus den Angaben von Unternehmen in Unternehmensregistern oder aus ähnlichen Aufzeichnungen in den verschiedenen Ländern stützt. ORBIS enthält somit Daten zu allen Unternehmen, ob sie nun an der Börse notiert sind oder nicht (was in der Regel auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zutrifft).

sortenschutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen geändert, was zur Ermittlung von drei weiteren Sektoren dieser Art führte. Infolge wurden 353 schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige ermittelt, verglichen mit 342 in der vorherigen Studie. Bei urheberrechtsintensiven und GA-intensiven Wirtschaftszweigen wurden dieselben Wirtschaftszweige als schutzrechtsintensiv angesehen wie in der früheren Studie.

Bei der für die vorliegende Studie gewählten Methodik wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass der Grad der Schutzrechtsintensität eines Wirtschaftszweigs ein wesentliches Merkmal dieses Wirtschaftszweigs und unabhängig von seinem Standort ist.¹⁸ Bei der Bewertung des Beitrags, den die einzelnen Wirtschaftszweige zur Wirtschaft beisteuern, werden die Arbeitsplätze und das BIP herangezogen, die dem jeweiligen Wirtschaftszweig in den einzelnen Mitgliedstaaten und in der EU zuzurechnen sind, und nicht der Ursprung des zugrunde liegenden Rechts des geistigen Eigentums.

Wenn z. B. ein Kraftfahrzeughersteller mit Sitz im Land A ein Montagewerk im Land B errichtet, kommen die durch dieses Werk geschaffenen Arbeitsplätze und die erzeugte Wertschöpfung der Volkswirtschaft des Landes B zugute. Daher lassen sich allein anhand der länderspezifischen Beiträge schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige keine Rückschlüsse auf die Innovationsfähigkeit eines bestimmten Landes ziehen. Im vorgenannten Beispiel ist der höhere Beitrag patentintensiver Wirtschaftszweige im Land B das Ergebnis von Entscheidungen über den Standort der Kraftfahrzeugproduktion, während die zugrunde liegenden Forschungs- und Entwicklungsleistungen im Land A oder selbst in einem Drittland erbracht worden sein können.

Um diesen Zusammenhang näher zu beleuchten, werden in Kapitel 8 die Ursprungsländer der bei dieser Studie zugrunde gelegten Patente, Marken, Geschmacksmuster und Sortenschutzrechte aufgeführt; ferner sind statistische Daten zusammengestellt, die Aufschluss geben über den Beitrag schutzrechtsintensiver Wirtschaftszweige zu den Arbeitsplätzen in den einzelnen Mitgliedstaaten, die in Unternehmen mit Sitz in anderen EU-Mitgliedstaaten oder in Drittländern geschaffen werden.

¹⁸ Eine Ausnahme bilden die geografischen Angaben (GA), die jeweils für die einzelnen Länder analysiert wurden.

Herausgegeben und redaktionell bearbeitet von EPA und EUIPO
München, Deutschland und Alicante, Spanien

www.epo.org

www.euipo.europa.eu

Gestaltung: EPO Graphic Design, München

Der vollständige Bericht kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.epo.org/ipr-intensive-industries

www.euipo.europa.eu/ipcontribution

